

worden. Es ist offenbar das Bestreben der Regierung, möglichst schnell über diesen Punkt zur Tagesordnung überzugehen. Und was bietet sich da mehr an, als daß man das beliebte Thema des Einigungstermin schnell und unter Überrumpelung der Volkskammer wieder auf die Tagesordnung setzt?

(Beifall, vor allem bei Bündnis 90/Grüne und der SPD)

Man kann ja sicher sein, daß man damit der berechtigten Hoffnung unserer Bevölkerung entgegenkommt, die freilich erwartet, daß man endlich zu Stuhle kommt. Nur so, wie das heute geschehen ist, muß ich sagen: Ich kenne die Weise, und ich kenne den Text, und wo die Verfasser sitzen, das läßt sich mindestens denken. Wir kennen das ja schon von dem 18. März, als viele meinten, danach wird alles besser. Dann haben alle darauf gehofft, daß mit dem Termin der Währungsunion, wenn wir ins kalte Wasser springen, alles gut wird, und nun japst unsere Wirtschaft, und genauso wird es mit dem Vereinigungstermin auch wieder kommen, weil wir nun einmal durch eine Talsohle durchmüssen, die kein bißchen kürzer oder flacher wird dadurch, daß wir Termine hin und her schieben. Vielmehr ist es so, daß die Probleme, die in unserem Land zur Zeit auf der Tagesordnung stehen, durch diese Regierung nicht gelöst, sondern verschärft wurden. Darum ist es notwendig, an dieser Stelle auszusprechen, daß die Regierungskrise, von der diese Diskussion wohl ablenken soll, das Scheitern der Regierungspolitik signalisiert, wie sie in der Regierungserklärung vom 19.4. durch den Ministerpräsidenten vorgestellt wurde.

Einige der zurückgetretenen Minister haben sicherlich ihr Bestes getan, um trotz dieser verfehlten Politik die Interessen unserer Bürger so gut wie möglich zu vertreten.

(Beifall)

Ihnen gilt unser Dank.

(Beifall)

Beispielhaft für alle nenne ich Frau Dr. Hildebrandt.

(Beifall)

Bei anderen Ministern war der Rücktritt lange überfällig. Sie können im Protokoll nachlesen, daß unsere Fraktion gegen einige der jetzt entlassenen Minister bereits vor ihrer Wahl schwerste Bedenken erhoben hat.

Vor allem aber ist diese Regierungskrise ein Ausdruck der tiefen Kluft zwischen den bisherigen Regierungsparteien, die nur an die nächste Wahl denken, und unserer Bevölkerung, deren Interessen von dieser Regierung weder im ersten Staatsvertrag ausreichend vertreten wurden noch bei den Verhandlungen zum zweiten, dem sogenannten Einigungsvertrag, bisher zu ausreichenden Ergebnissen geführt haben.

Wir appellieren daher ernstlich an das verbleibende Kabinett, die restliche Zeit zu nutzen, um die Rechte der Menschen unseres Landes auch für die Zeit nach der Vereinigung zu sichern. Viele dieser offenen Punkte sind heute schon mehrfach genannt worden: Die 2+4-Verhandlungen, die Länderbildung, es müssen die Eigentumsfragen geklärt werden, es muß die Entschuldung vorangebracht werden, es geht um den Finanzausgleich. Es muß geklärt werden, was in der Zwischenzeit bis zur Bildung der Landesregierungen geschieht und wie dort die Arbeitsfähigkeit gewährleistet ist. Die Regierung hat bisher kein befriedigendes Konzept für diese Aufgaben vorgelegt. Es gibt eine Menge zu tun, und ich habe freilich die guten Worte des Herrn Ministerpräsidenten vorhin gehört, aber ich habe langsam das Vertrauen daran verloren, daß er das Durchsetzungsvermögen hat, davon auch nur einen Bruchteil zu verwirklichen.

(Beifall, vor allem bei der SPD, Bündnis 90/Grüne und der PDS)

Die Regierung der DDR sollte keinen Grund haben, sich so sang- und klanglos aus dem Amt zurückzuziehen, wie wir das heute erlebt haben. Lassen Sie uns endlich zur Sacharbeit kom-

men! So schnell wie möglich die deutsche Einheit und so gut wie nötig darf eben nicht heißen, die Katze im Sack zu kaufen, sondern das muß heißen, daß die wesentlichen Bedingungen abgeschlossen und von uns geprüft sein müssen, ehe wir diesem Vertrag zustimmen können. Das gebietet die Verantwortung, die uns unsere Wähler auferlegt haben.

In Anbetracht dessen stellt die Fraktion Bündnis 90/Grüne folgenden Änderungsantrag zum Antrag der Abgeordneten der CDU/DA. Entschuldigen Sie, es ist ein kurzer Text - ich lese ihn noch einmal im ganzen vor:

„Die Volkskammer möge beschließen, daß auf einer Volkskammersitzung am 3.10. 1990 über den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD gemäß Artikel 23 entschieden und der Termin des Beitritts verbindlich zum schnellstmöglichen Zeitpunkt festgelegt wird. Voraussetzungen sind, daß bis dahin die 2+4-Verhandlungen abgeschlossen sind, die Länderbildung rechtswirksam abgesichert ist, die Interessen der DDR-Bevölkerung in einem Einigungsvertrag ausreichend berücksichtigt sind und ein von der Volkskammer bestätigtes Regierungskonzept für die Übergangszeit vorliegt.“

Ich danke Ihnen.

(Beifall vor allem beim Bündnis 90/Grüne und bei PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner :

Danke schön. Die Aussprache ist damit zunächst beendet.

Ich habe eine Reihe von Abänderungsanträgen zugereicht bekommen. Wir haben uns im Präsidium darauf geeinigt - und es liegt in der Natur der Sache und geht nicht anders -, daß die Abstimmungen jetzt, obwohl die Aussprache bisher für beide Tagesordnungspunkte gemeinsam war, für die einzelnen Tagesordnungspunkte nacheinander abgearbeitet werden muß.

Zum Antrag der Fraktion der DSU, in der ja der heutige Tag, der 22.8., als Termin genannt worden ist, ist der Abänderungsantrag der Fraktion der SPD eingegangen: Die Volkskammer möge beschließen: Wir erklären den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes mit Wirkung vom 15.9. 1990.

Dies ist ein Abänderungsantrag zum Antrag der DSU. Darüber wird zunächst abgestimmt. Sollte er nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit finden - das heißt, ein Abänderungsantrag braucht bloß die einfache Mehrheit zu finden, die Zwei-Drittel-Mehrheit wird bei der Schlußabstimmung festgestellt -, sollte er nicht die ausreichende Mehrheit finden, wird dann über den Antrag der DSU in der vorliegenden Form abgestimmt. Dazu werde ich nachher noch einmal fragen, ob Sie auf der namentlichen Abstimmung bestehen.

Zunächst also die Abstimmung: Wer dem Abänderungsantrag der SPD zustimmt, den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes mit Wirkung vom 15.9.1990 zu erklären, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Damit ist der Abänderungsantrag mit klarer Mehrheit abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der DSU. Es handelt sich bei diesem Antrag um einen Antrag, der zweifelsfrei einer Zwei-Drittel-Mehrheit bedarf. - Wir hatten darüber vorher schon Verständigung erzielt, Herr Gysi, und ich freue mich über die Einigkeit in dieser Angelegenheit. Wir haben die namentliche Abstimmung beantragt bekommen. Die Fraktion besteht - wie ich an dem Nicken merke - weiterhin auf diese namentliche Abstimmung.

Wir kommen damit zur Abstimmung über diesen Antrag der Fraktion der DSU - wieder in der üblichen Weise, daß Sie sich bitte Ihre Abstimmungskarten draußen im Foyer holen und dann hier in die Wahlurnen einwerfen.

(Namentliche Abstimmung)

Die Abstimmung ist beendet. Die Schriftführer können auszählen.

(Auszählung)